

**Annoncen-
Expedition-Bureau:**
3. Posten außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wöchentlich 16.)
bei E. J. Meier & Co.
Breitenstraße 14.
in Gießen bei H. Spindler,
in Gießen bei F. Streifand,
in Dresden bei Emil Fabrik.

Posener Zeitung.

Amts- und Kreisblatt

Jahrgang.

N. 794

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal
erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 12. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile über deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

**Annoncen-
Expedition-Bureau:**
In Berlin, Dresden,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei E. J. Meier & Co.
der
Hankel & Vogels
Karlshof.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Zentral-Verlag“.

1875.

Amtliches.

Berlin, 11. November. Der König hat dem Superintendenten
und Pastor primarius Albert zu Gienau a. O. den R. Adl. Des
3. Kl. mit der Schleife; dem Ballet Director Taglioni zu Berlin den
I. R. Des 3. Kl. verliehen.

Der Dr. philos. Georg Treu ist zum Direktorial-Assistenten bei
dem Antiquarium der k. Museen zu Berlin bestellt, der Gymnasial-
lehrer Dr. Ernst Broder in Koblenz als Oberlehrer an das Gymna-
sium in Bonn berufen, und bei derselben Anstalt der ord. Lehrer
Dr. Edmund van Hout zum Oberlehrer befördert, der Advokat
Bilow in Leipzig ist, unter Wiederaufnahme in den k. preuß. Justiz-
dienst, zum Rechtsanwalt bei dem Kreisger. in Rosenberg D/S. und
zugleich zum Notar im D. part. des Appell. Ger. zu Ratibor mit An-
weisung seines Wohnsitzes in Rosenberg ernannt, der Ref. Bogels
aus Aachen zum Advokaten im Bezirk des I. Appell. Gerichts zu Kob.
ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung.

Berlin, 11. November. Am Tische des Bundesraths: Präsident
des Reichstagskanzlers Staatsminister Delbrück, der Präsident des
Eisenbahnamts Maybach, Geh. Der Regierungsrath Starke
u. A.

Der Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr
mit geschäftlichen Mittheilungen, worauf das Haus in die Special-
beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Befestigung von
Anstaltungsstellen bei Viehbesörderungen auf
Eisenbahnen eintritt. Zu diesem Gesetzentwurf liegt folgende
Resolution des Abg. Dr. Löwe vor:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reinigung der
Viehtransportwagen auf den Eisenbahnen genügt nicht allein, um die
von Jahr zu Jahr über Deutschland sich mehr verbreitenden Vieh-
seuchen zu unterdrücken. Der Bundesrath ist deshalb zu ersuchen,
1. den Entwurf eines Viehseuchengesetzes für den Umfang des deut-
schen Reiches recht bald vorzulegen und 2. eine nachhaltige Viehseuchen-
Statistik für dasselbe aufstellen zu lassen.

Die Diskussion über § 1 der Vorlage wird eröffnet. Derselbe lautet:
Die Eisenbahn-Berwaltungen sind verpflichtet, Eisenbahnwagen,
in welchen Pferde, Maulthiere, Esel, Rinder, Schafe, Ziegen oder
Schweine befördert worden sind, nach jedesmaligem Gebrauche einem
Reinigungsverfahren (Desinfektion) zu unterwerfen, welches geeignet
ist, die bei der Beförderung der Thiere zum Füttern, Tränken,
Entladen, Umladen oder zu sonstigen Zwecken benutzten Geräthschaften
zu desinficiren. Auch kann angeordnet werden, daß die Rampen, welche
die Thiere zu Ein- und Ausladen betreten haben, sowie die Vieh-
ein- und Ausladeplätze und die Viehhöfe der Eisenbahn-Verwaltungen
nach jeder Benutzung zu desinficiren sind.

Zu diesem Paragraphen liegt folgender Abänderungs-Antrag des
Abg. Richter (Weissen): Der Reichstag wolle beschließen: dem
§ 1 folgende Fassung zu geben: „Die Eisenbahn-Berwaltungen sind
verpflichtet: Eisenbahnwagen, in welchen Pferde, Maulthiere, Esel,
Rinder, Schafe, Ziegen oder Schweine befördert worden sind, sowie
Rampen, welche die Thiere beim Ein- und Ausladen betreten haben,
nach jedesmaligem Gebrauche einem Reinigungsverfahren (Desinfek-
tion) zu unterwerfen, welches geeignet ist, die den Wagen und Rampen
entstehenden Ansteckungsstoffe vollständig zu tilgen. Gleichwohl
sind bei der Beförderung der Thiere zum Füttern, Tränken, Befestigen
oder zu sonstigen Zwecken benutzten Geräthschaften zu desinficiren. Auch
kann angeordnet werden, daß die Vieh-Ein- und Ausladeplätze und die
Viehhöfe der Eisenbahn-Berwaltungen nach jeder Benutzung zu desinf-
ficiren sind.“

Ferner beantragte Abg. Dr. Zinn auch die Desinficirung der
Vieh-Ein- und Ausladestellen obligatorisch zu machen und außerdem
dem § 1 folgenden Satz beizufügen: „An Orten, an welchen mehrere
durch Schienenstränge mit einander verbundene Eisenbahnen münden,
ist die Desinfektion der Wagen und Geräthschaften, soweit es die
öfentlichen Bedürfnisse gestatten, an einer Stelle zu centralisiren und
auszuführen.“

Abg. Richter (Weissen): Es unterliegt keinem Zweifel, daß die
hisher bestehenden Vorsichtsmaßregeln gegen die Weiterverbreitung
von ansteckenden Krankheiten durch den Viehtransport auf Eisenbahnen
nicht genügen und daß der Erlaß des vorliegenden Gesetzes dringend
nothwendig sei. Man muß aber den Rahmen des Gesetzes nicht allzu-
weit ausdehnen, damit man nicht zu Maßregeln komme, die doch nicht
durchgeführt werden können. Dies that Dr. Zinn, der mit der For-
derung von eigenen Viehaufladeplätzen die Durchführbarkeit des Ge-
setzes überhaupt illusorisch macht und dessen Anträge ich ablehnen
bitte. Andererseits aber muß man das Gesetz in seinen Bestimmungen
so scharf als möglich machen, damit man den Zweck wirklich erreicht.
Mit dem § 1 in seiner jetzigen Fassung erreicht man den Zweck aber
nicht; man verliert ihn, wenn man nur die Eisenbahnwagen,
nicht aber die Rampen zu desinficiren vorschreibt. Diese Bestimmung
trifft mein Amendement, dessen Annahme ich Ihnen empfehle, und der
durch die Schärfe des Begriffs „Rampe“ kein Hinderniß in den
Weg gelegt werden kann. Denn auch die Rinder-Post-Instruktion
vom Jahre 1863 hat eine ähnliche Bestimmung aufgenommen. Schließ-
lich möchte ich noch den Wunsch aussprechen, daß man von maß-
gebender Stelle aus wissenschaftliche Untersuchungen darüber anstelle,
welches wohl die beste und wirksamste Desinfektion sein würde; es ist
dies eine Frage, deren Lösung eine eben so große Tragweite für die
Gesundheitspolizei im Allgemeinen wie für den vorliegenden Gegen-
stand hat.

Regierungskommissar Geh. Ober-Regierungsrath Starke: Es
unterliegt kein Zweifel und seine Ausführung größeren Schwierig-
keiten, als man annehmen scheint. Es kommen hier einerseits die
Verkehrsinteressen mit den Landesinteressen und dann auch die Lan-
desinteressen mit den einzelnen Sonderinteressen in Konflikt. Die
Verkehrsinteressen wünschen möglichst geringe Ausdehnung des Ge-
setzes, die landwirtschaftlichen eine möglichst große. Das Verkehrs-
interesse fordert unbedingt, daß man sich auf das Allernothwendigste,
auf das Unvermeidliche beschränkt; es handelt sich nicht sowohl um Ar-
beitskräfte und Geld, als namentlich um Zeitverluste. Sie müssen
bedenken, wie lange die Waggons dem anderweitigen Verkehr voran-
gehalten bleiben müssen. Mit der Vorenthaltung der Ausladeplätze aber
geht man entschieden zu weit und bitte ich die Anträge sammt und
sonders abzulehnen, da in Bezug auf die Desinficirung der Rampen
auch der Gesetzentwurf diese in Fällen drohender Seuchengefahr vor-
schreibt.

Abg. Dr. Zinn: Ich bin weder mit der Form, noch mit dem

Inhalte der Vorlage zustimmen. Es sind empfindliche Lücken vorhan-
den. So vermißt ich ganz den Gedanken, daß es den Eisenbahn-Ver-
waltungen überhaupt gestattet sei, die Beförderung von kranken Vieh
zu verweigern. Ferner vermißt ich die genügende Sanktionierung von
Sachverständigen in dieser Frage, wie denn auch heute kein Techniker
von Seiten der Regierung unseren Einwürfen Gehör schenken kann.
Die Vorlage nun ist höchst mangelhaft, auch in den einzelnen Bestim-
mungen, sie legt den Eisenbahnen die Verpflichtung der Desinficirung
ihrer Geräthschaften auf, nimmt aber auf die Geräthschaften, die zum
Viehtransport eben so nöthig sind, wie z. B. die Viehkühe und die
häufig, wie in Odenburg von ungeheurer Wichtigkeit sind, und die
nicht den Eisenbahnen gehören, gar keine Rücksicht. Nehmen Sie
meine Amendements mit an, so stellen Sie die Durchführung des
Gesetzes nach meiner Ansicht überhaupt in Frage.

Abg. zu Rabenau: Mit den so weit gehenden Amendements
glaube ich mit dem Herrn Regierungskommissar würden wir den
Verkehr doch aufsehr schädigen. Seien Sie vielmehr mit der Vor-
lage, die ja allen nothwendig erscheint, zufrieden und betrachten Sie
dieselbe als Abschlagszahlung. Wenn ich daher auch den Entwurf für
nicht weit genug gehend halte, so möchte ich doch nun, daß Sie die
Resolution des Abg. Dr. Löwe recht bald annehmen möchten.

Abg. Dr. Löwe: Dieses Gesetz ordnet zwar eine Menge Desin-
fektionsmaßregeln für die Eisenbahnen an, aber ich kann nicht begrei-
fen, warum die Bahnen nicht das Recht erhalten, kranke Vieh einfach
zurückzuweisen. So geschieht es in der preussischen Rinderpest-Ordnung.
Doch ergriffe ich nur das Wort, um den Abg. Dr. Zinn zu bitten,
von seinem Amendement abzusehen, da auch ich den fatalen
Bestimmungen der Regierungsvorlage den Vorzug gebe.

Bundeskommissar Geh. Rath Starke: Die von dem Herrn Vor-
redner entworfenen Lücken im Gesetz liegt nicht vor, sondern ist ausgefüllt
durch anderweitige frühere gesetzliche Bestimmungen über den Transport
von kranken Vieh.

Abg. v. Lützow: Das vorliegende Gesetz gehört zu den Ma-
terien, die die große Mehrheit des Hauses nicht interessieren und doch
ist die Sache nicht so unwichtig, wie sie auf den ersten Blick scheint.
Die Vorlage geht am wenigsten weit, weiter das Amendement Richter,
am weitesten das Subamendement Zinn; beide letzteren sind absolut
nöthig, wenn das Gesetz Nutzen stiften soll. Diese Bestimmungen sind
auch nicht nur für die großen Verkehrsströme von großem Interesse;
ein einziges krankes Stück kann eine ganze Gegend verheuen, es müs-
sen diese Maßregeln deshalb für alle Eisenbahnstationen obligatorisch
gemacht werden.

Nach Schluß der Diskussion werden die Anträge Richter mit
dem Unteramendement Zinn, sowie der Zusatzantrag Zinn ange-
nommen; der § 1 lautet demnach:

„Die Eisenbahn-Berwaltungen sind verpflichtet, Eisenbahnwagen,
in welchen Pferde, Maulthiere, Esel, Rinder, Schafe, Ziegen oder
Schweine befördert worden sind, sowie die Rampen und die Vieh-Ein-
und Ausladestellen, welche die Thiere beim Ein- und Ausladen be-
treten haben, nach jedesmaligem Gebrauche einem Reinigungsver-
fahren (Desinfektion) zu unterwerfen, welches geeignet ist, die den
Wagen und Rampen etwa anhaftenden Ansteckungsstoffe vollständig
zu tilgen. Gleichwohl sind bei der Beförderung der Thiere zum
Füttern, Tränken, Befestigen oder zu sonstigen Zwecken benutzten
Geräthschaften zu desinficiren. Auch kann angeordnet werden, daß die
Viehhöfe der Eisenbahn-Berwaltungen nach jeder Benutzung zu desin-
ficiren sind. An Orten, an welchen mehrere durch Schienenstränge
mit einander verbundene Eisenbahnen münden, ist die Desinfektion
der Wagen und Geräthschaften, soweit es die öffentlichen Verhältnisse
gestatten, an einer Stelle zu centralisiren und auszuführen.“

§ 2 der Vorlage lautet: Die Verpflichtung zur Desinfektion liegt
in Bezug auf die Eisenbahnwagen und die zu denselben gehörigen
Geräthschaften derjenigen Eisenbahnverwaltung ob, in deren Bereich
die Entladung der Wagen stattfindet. Erfolgt die letztere im Aus-
lande, so ist zur Desinfektion diejenige deutsche Eisenbahnverwaltung
verpflichtet, deren Bahn von den Wagen bei der Rückkehr in das
Reichsgebiet zuerst berührt wird. Die Eisenbahn-Verwaltungen sind
berechtigt, für die Desinfektion eine Gebühr zu erheben.

Dieser liegt folgender Antrag vor vom Abg. Dr. Zinn: die
Worte „Erfolgt bis“ zu streichen und durch folgenden
Satz zu ersetzen: „Geht der Viehtransport in das Ausland, so ist
die Ausfuhrstation des Reichsgebiets verpflichtet, den Transport auf
ausländische Wagen umzuladen und die Desinfektion vorzunehmen.
Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn eine genügende
Desinfektion der Wagen und Geräthschaften an der Entladestation
im Auslande gesichert ist.“

Abg. Dr. Zinn: Mein Antrag ist bestimmt, eine im Gesetz
enthalten vorhandene Lücke auszufüllen, es finden sich hierüber weder
im Gesetz selbst, noch in den Motiven eine Andeutung. Die
Umladung, wo sie nöthig sein wird, hat keinen so großen störenden
Einfluß auf den Verkehr. Ich will indes hierüber erst Erklärungen
von Seiten des Bundesraths abwarten.

Bundeskommissar Geh. Rath Starke: Der vorliegende An-
trag ist wegen seiner schädlichen Folgen in der Praxis ganz unan-
nehmbar. Bedenken Sie, daß, wenn diese Umladungen immer statt-
finden sollen, fremde Wagen immer erst im Bedarfsfall herbeige-
schafft werden müßten, es müßten zudem große Einrichtungen zum Um-
laden u. s. w. des Viehs geschaffen werden, und das ist nicht
überall möglich. Die Lücke, die hier vorhanden ist, liegt eben in den
Verhältnissen und man wird hier nur auf internationalen Wege
durch verbindende Verhandlungen Abhilfe schaffen können; im Uebri-
gen müssen wir uns auf eine strenge Kontrolle der ins Ausland gehen-
den und leer oder beladen zurückkehrenden Wagen beschränken.

Abg. Stenglein: Die Schwierigkeiten in der Praxis werden
sich lediglich darauf beschränken, immer die nöthige Anzahl von Trans-
portwagen im Verleiste zu halten und das wird sich doch ohne allzu
große Mühe erreichen lassen; ich bitte deswegen um Annahme des An-
trages Zinn.

Abg. v. Winter: Ich bitte den Antrag abzulehnen, weil er nicht
allgemein ausführbar ist; in Preußen, jenseits der Weichsel z. B., sind
die Bahnstationen gar nicht im Stande umzuladen, wegen der unzulä-
ssigen Spurweite der preussischen und russischen Bahnen. Die Vorlage
schafft ja keine absolute Garantie, aber die Gewissenhaftigkeit der Bah-
nen wird das Uebribe thun.

Abg. Frhr. zu Rabenau: Ich halte den Antrag gleichfalls für
unannehmbar; w. a. das Ausland Sicherheit haben, so mag es für
Desinfektion sorgen. Es kommt dazu, daß sehr oft, wie jetzt gerade
ein Mangel an Wagen herrscht. Sie würden mit der Annahme dieses
Antrages den Verkehr mit Frankreich z. B. in dieser Beziehung ge-
radezu lahmlegen; das Gesetz würde mit demselben unannehmbar
werden.

Abg. Dr. Zinn erhält seinen Antrag aufrecht, derselbe wird noch-
mals vom Abg. Frhr. zu Rabenau bekämpft und schließlich abge-
lehnt. § 2 der Regierungsvorlage wird unverändert angenommen.

§ 3 lautet in der Fassung der Regierungsvorlage:
„Die näheren Bestimmungen über das anzuwendende Verfahren
über Ort und Zeit der zu bewirkenden Desinfektion, über die Höhe
der zu erhebenden Gebühren, sowie über Ausnahmen von der geord-
neten Verpflichtung werden auf Grund der von dem Bundesrath aufzu-
stellenden Normen von den Landesregierungen getroffen.“

Dieser beantragte der Abg. Richter (Weissen) hinter dem Wort
„Verpflichtung“ folgenden Zusatz einzufügen: „soweit diese das Rei-
nungsverfahren nach Beförderung von Pferden, Maulthieren, Eseln
und Ziegen, oder das Reinigungsverfahren von zum Viehtransport
benutzten aus dem Auslande kommenden Eisenbahnwagen be-
treffen.“

Abg. Dr. Zinn schlägt für den Paragraphen folgende Fassung
vor: „Die näheren Bestimmungen über das anzuwendende Verfahren,
über Ort und Zeit der zu bewirkenden Desinfektion, über die Höhe
der zu erhebenden Gebühren werden auf Grund der von dem Bundes-
rath aufzustellenden Normen von den Landesregierungen getroffen.
Ausnahmen von den Bestimmungen der §§ 1 und 2 können von den
Landesregierungen nur mit Zustimmung des Reichskanzlers getroffen
werden.“

Derselbe beantragte ferner folgende Zusatzparagraphen: § 3a. „Dem
Reichskanzler liegt ob, die Ausführung dieses Gesetzes und auf
Grund desselben erlassenen Anordnungen zu überwachen.“ § 3b. „Durch
Beschluss des Bundesraths kann den V. s. h. n. von zur Vieh-Beför-
derung dienenden Fahrzeugen die Verpflichtung auferlegt werden, die
Fahrzeuge nach jeder derartigen Benutzung zu desinficiren.“

Abg. Dr. Zinn: Ich gebe zu, daß die Ueberweisung dieser Ma-
terie an die Landesregierungen eine gewisse Ungleichheit herein schaffen
würde; indes hoffe ich dies Bedenken dadurch zu beseitigen, daß ich
Ausnahmen von den Bestimmungen der §§ 1 und 2 nur mit Zustim-
mung des Reichskanzlers eintreten lassen will.

Abg. Frhr. v. Minningherode: Bei diesem Gesetz kann man
nicht streng genug sein, soweit man nicht durch die praktische Ausfüh-
rung gebunden ist. Wir nehmen daran Anstoss, daß der Entwurf
Ausnahmen ganz allgemein zulassen und den Landesregierungen über-
lassen will. Dazu kommt, daß die Motive besonders auf den Lokal-
verkehr exemplifiziren; gerade in dieser Beziehung aber haben wir
ernste Bedenken. Was ist denn „Lokalverkehr“ und womit beschäftigt
er sich? Ich glaube im Allgemeinen, daß der durchgehende Verkehr
im Ganzen viel weniger

Lokalverkehr, indem werthvolle Zugthiere und Vieh von einem
Stall in den anderen kommen. Oft treten in Bezirken, die sonst einen
sehr guten Gesundheitszustand hatten, solche Krankheiten ganz plötzlich
auf. Dazu kommt nun, daß vermehrt menschlicher Schwäche sich
manche Besitzer nicht schnell genug entschließen, einen Krankheitsfall
eintreten, durch den Lokalverkehr die Krankheit oft verbreitet. Wir
haben uns in unserem Vorschlagsantrag (Antrag Richter) möglichst
an die Vorlage angelehnt. Galt es sich an den strengen
Maßregeln des § 1, auch im § 3 und nehmen Sie den Antrag Rich-
ter an.

Bundeskommissar Geheimrath Starke giebt zu, daß allerdings
das rationale Mittel sei, keine Ausnahmen zuzulassen und die obliga-
torische Desinfektion durchzuführen; aber er findet es andererseits sehr
bedenklich für den Verkehr, wenn die Regierungen gezwungen seien,
nicht nach bestimmten Normen vorzugehen und nicht nach der Lage der
Umstände Ausnahmen zulassen zu können.

Abg. Scipio spricht sich für den Antrag Richter aus, weil man
entschieden eine genügende Sicherheit für den Lokalverkehr fordern
müsse. Die schwierige Durchführung der in denselben vorgeschlagenen
Maßregeln kann er nicht anerkennen.

Abg. Frhr. v. Nordde zu Rabenau weist darauf hin, daß ja noch
absolut nicht der Punkt vorgegeben sei, welches Desinfektionsmittel hin-
reichend sei für den vorliegenden Fall.

Abg. Richter (Weissen) ist der Ansicht, daß durch die Zulassung
von Ausnahmsbestimmungen dem ganzen Gesetz die Spitze abgebro-
chen werden würde.

Das Amendement Dr. Zinn wird hierauf abgelehnt und der § 3
mit dem Amendement Richter angenommen. In Bezug auf
den Zusatzparagraphen 3a bemerkt Abg. Dr. Zinn, daß der Zusatz
dem § 12 des Rinderpestgesetzes entnommen sei, und ebenso, wie es
damals für nöthig gehalten sei, so werde es sich auch jetzt empfehlen.
Allerdings werden die Konsequenzen davon sein, daß ein neues eigenes
Organ geschaffen werde, doch sei dies dringend erforderlich, und er
bitte deshalb aus praktischen Gründen denselben anzunehmen. Nach-
dem sich der Regierungskommissar gegen den § 3a ausgesprochen,
wird derselbe abgelehnt; ebenso § 3b. § 4 wird noch einer geringen
Veränderung bedürftig. Der nun v. v. vorgeschlagenen redaktionellen Änderung
ohne weitere Diskussion in folgender Fassung angenommen: „In Eisen-
bahnstationen, welche die Thiere zum Ein- und Ausladen betreten, sowie
in den Viehhöfen der Eisenbahnen, welche die Thiere zum Ein- und Ausladen
betreten, mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder Gefängnis bis zu
einem Jahre bestraft, sofern nicht durch die Vorschriften des Straf-
gesetzbuchs eine der Art oder dem Maße nach schwerere Strafe ange-
droht ist.“

Ebenso wird § 5 ohne Diskussion unverändert in folgender Fas-
sung genehmigt: Der § 6 des Gesetzes vom 7 April 1869, Maß-
regeln gegen die Rinderpest betreffend, ist aufgehoben.

Die eben mitgetheilte Resolution der Abg. Löwe und Genossen
beantwortet Abg. Schombart. Ein ähnlicher Antrag des Abg.
Dr. Löwe ist früher leider einmal abgelehnt worden; inzwischen ist
das ganze Land mehr und mehr verheuet, so daß jetzt nur noch
ein allgemeines deutsches Viehseuchengesetz dem Unheil steuern
kann. Dasselbe wird die Ueberwachung, die Tödtung und die Ent-
schädigungsfrage zu reguliren haben. Damit muß aber naturgemäß
eine Statistik der Viehseuchen in Hand gehen; wie unvollkom-
men dieselbe bisher war, ist sich z. B. in den Motiven des preuss-
ischen Seuchengesetzes, welche behaupten, die Lungenseuche sei bisher nur
sporadisch aufgetreten. Ich hoffe ferner, daß bei der Errichtung des
Reichsgesundheits-Amtes auch hierauf Rücksicht genommen werden
wird. Nur an der Hand dieser Statistik werden sich alle die Fragen
über die Stellung des Viehseuchengesetzes, die Wirkung des Impfens u. s. w.
klar lösen lassen. Ebenso werden auch die Reglements über die Be-
rechtigung junger Leute zum Studium an den Thierärztlichen Schulen
einer Veröfentlichung bedürfen; der jetzige Stand der Wissenschaft erfor-
dert dies. Ich bitte Sie aus allen diesen Rücksichten, die Resolution
anzunehmen.

Abg. Frhr. v. Walltahn-Güll: Ich anerkenne sehr wohl
den Vortheil eines Viehseuchengesetzes, und wenn solche nicht in vielen
einzelnen Staaten schon bestanden, so würde ich mich entschieden dem

Anträge anstehen. Aber wie von dem Antragsteller selbst zugegeben, daß in Sachsen, Preußen u. s. w. solche Gesetze bestehen, halte ich es nicht für richtig, von Reichswegen einzugreifen. Ich glaube, es wird am besten sein, erst die Erfolge des preussischen Gesetzes abzuwarten und dann nach 5 Jahren vorzugehen. Wegen der kleineren Staaten allein können wir doch darauf nicht eingehen; diese mögen sich doch ein eigenes Viehsteuergesetz geben. Was den zweiten Theil des Antrages anlangt, so glaube ich, wird er mehr Kosten verursachen, wie Vortheile bringen, und ich bitte deshalb den Antrag wenigstens vorläufig abzulehnen.

Abg. Dr. Löwe befragt, ob er seinen Antrag, indem er darauf hinweist, daß die Gründe, welche gegen denselben angeführt wurden, eher für als gegen denselben sprechen; es sei dringend nöthig, ein einheitliches Gesetz zu schaffen, damit es seine Wirkung durch ganz Deutschland äußern könne. Wenn diese Noth aber anerkannt werde, so müsse auch genügendes Material als Unterlage für die zu nehmenden Maßregeln geboten werden. Er bitte, aus diesen Gründen seinem Antrage zuzustimmen.

Die Resolution Löwe wird hierauf in ihren beiden Theilen angenommen.

Hiermit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: dritte Lesung, ferner die zweite Beratung des Antrags Stenglein, betreffend die Umwandlung von Aktien in Reichsmährung, endlich die erste Beratung des Landeshaushaltsetats für Elsaß-Lothringen. (Schluß 4 Uhr.)

Die Beratung des Wahlgesetzes

In der französischen Nationalversammlung hält zur Zeit alle Gemüther in Spannung. Nach erfolgtem Beschluß ist die seit 1871 tagende Versammlung ihrer Verpflichtung entbunden und die Neuwahlen bringen ein neues Haus. Der Ausgangspunkt der Debatte ist die Frage des Wahlmodus — ob Listen-Abstimmung oder Arrondissement-Abstimmung; Buffet und die Rechte will die letztere, die Linke und Thiers die erstere. Jeder glaubt so die meisten Kandidaten seiner Partei durchzusetzen. Hierüber läßt sich die „Klein Ritz“ wie folgt aus:

Das Wesentliche liegt darin, daß bei der Listen-Abstimmung jeder Wahlkreis mehrere Abgeordnete gleichzeitig, bei der Arrondissement-Abstimmung dagegen jeder Wahlkreis nur einen Abgeordneten wählt. Bei der letzteren fallen dabei in der Form, wie sie jetzt bezweckt wird, die Wahlkreise mit den administrativen Kreisen oder Arrondissements zusammen. Bekanntlich ist in Frankreich jedes Departement in mehrere (4–20) Arrondissements eingetheilt, welche den preussischen Kreisen entsprechen; an der Spitze des Arrondissements steht ein Unterpräfekt, zu deutsch Landrath. Villet jedes Arrondissement einen Wahlkreis, und wählt einen Abgeordneten, so hat man das Arrondissement-System in der einfachsten regelmäßigen Form, zugleich in derjenigen, worin die gegenwärtige Regierung es eingeführt zu sein wünscht. Bei der Listen-Abstimmung dagegen, wie die Radikalen sie wollen, werden sämtliche Kreise eines Departements zu einem gemeinsamen Wahlkörper vereinigt und wählen gleichzeitig so viele Abgeordnete, als Arrondissements im Departement enthalten sind. Im Departement der Gironde z. B., welches sechs Arrondissements umfaßt, würde jeder Wähler auf seinem Wahlzettel ein Verzeichniß von sechs Namen schreiben, die er zu Abgeordneten haben will. Derjenige Kandidat, welcher beim ersten Gange die absolute Mehrheit erhalten, wird gewählt, zwischen den übrigen findet engere Wahl statt. Beide Arten des Wahlfahrens können geändert werden, ohne ihren Charakter zu verlieren. So sind z. B. zu dem Plane der Arrondissement-Abstimmung Amendements gestellt, wonach die Arrondissements mit mehr als 100 000 Einwohner mehr als einen Abgeordneten wählen würden; für die Listenwahl kann bestritten werden, daß die Zahl der Abgeordneten für ein Departement nicht genau mit der Zahl der Arrondissements übereinstimmt. Immer aber bleibt der Gegensatz bestehen, daß die Arrondissementwahl wesentlich „unitarisch“ oder (wie wir sagen die Wahlbild-ung) „uniförmig“, als sie schon bei Grimm bezeichnet ist, „einnamig“ bei ihrem Wahlkreis, das Arrondissement-System „plurinominal“ oder „mehrnamig“ bei größerem Wahlkreis ist. Unter dem Kaiserreich herrschte das einnamige Wahlsystem, aber der Wahlkreis war nicht je ein Arrondissement, sondern ein zwei bis dreimal so großer Wahlbezirk, circonscription electorale genannt. Diese „Wahlkreise“ wurden erst zum Behufe der Wahl von der Regierung abgegrenzt, wie z. B. heute noch in Baiern. Die beiden letzten Republiken aber, die ersten, welche mit dem allgemeinen Stimmrecht zu thun hatten, zogen beide das Arrondissement-System vor.

Was nun die Wirkung beider Systeme angeht, so machen sich die französischen Parteien darüber folgende Vorstellung: Das einnamige System mit seinen kleineren Wahlkreisen läßt die örtlichen Einflüsse stärker hervortreten. Es giebt den Dorfmagistraten, Präfecten u. s. w. Gelegenheit, ihren Einfluß auf die Wähler in voller Kraft geltend zu machen; man erwartet daher von ihnen konservative Abgeordnete. Bei der Listen-Abstimmung oder der mehrnamigen Wahl kommt dagegen der Wille der großen Massen vollständiger zum Ausdruck, die schwächeren Parteien werden auf dem großen Bezirk des Departements gründlich majorisiert, die systematische Apatation der Massen ist erleichtert, und man kann ihnen leicht zwei bis drei in ganz Frankreich berühmte Namen an die Spitze ihrer Liste setzen, unter deren Aquide die übrigen Kandidaten, welche die Parteiführer vorschlagen, durchgehen, auch wenn sie dem Volke persönlich unbekannt sind. Die Listenwahl liefert daher ganze Reihen gleichartig gefärbter Kandidaten, auch einzelne, welche durch einen Vergleich mit anderen Parteien in dem Verzeichnisse der herrschenden Partei untergebracht werden. Es steht dabei zugleich häufig derselbe Name als Kopf auf den Listen verschiedener Departements, und der Inhaber eines solchen Postens hat dann später nur nöthig, seinen Erfahrungssatz vorzutragen, um ihn gewählt zu sehen. Die Listen-Abstimmung hebt also die populären Namen hervor und giebt ihnen einen agitatorischen Glanz. Die Gegner derselben haben schon versucht und werden, wenn es Noth thut, noch ferner versuchen, den Wahlergebnissen diese letzte Seite zu nehmen: alle Freunde der Arrondissement-Abstimmung möchten gleichzeitig in das Wahlgesetz die Vorschriften aufgenommen wissen, daß Niemand in zwei, oder auch, daß Niemand in mehr als drei Bezirken zugleich Kandidat sein kann; oder sie wollen mittelbar dasselbe erreichen, indem sie festsetzen, der Kandidat müsse in jedem Bezirk, wo er auftritt, angesehene sein und Wohlthäter. Die republikanischen Vertheidiger der Listenwahl dagegen bestehen immer zugleich auf dem Satz, daß der Wähler die Freiheit haben müsse, seine Vertreter zu ernennen, wo er sie finde, daß also entsprechend der Kandidat das Recht erlangen könne, sich vorzustellen, wo er wolle.

Aus den eben gemachten Bemerkungen ist nun klar, daß die Radikalen, welche die Massen der großen Städte, zentralisirte Agitationsmittel und fertige Listen mit klugwollen Anfangsnamen für sich haben, die Listenwahl besser behagt als die einnamige Wahl. Wenn das linke Zentrum sich ihnen anschließt, so geschieht das deshalb, weil auch die gemäßigten Republikaner glauben, die Wahl nach Arrondissements werde zu den schwersten Beeinflussungen von Seiten der Regierungsberechtigten Veranlassung geben, und weil ein Ministerium Buffet nicht gerade dasjenige ist, dem sie einen Einfluß auf die Wahl gestatten möchten. Die Geschichte giebt übrigens zu diesen Theorien eine sehr eigenthümliche Illustration: Die drei Kammern, welche bis jetzt auf dem Wege der Listen-Abstimmung gewählt worden sind, waren die von 1848, 1849 und 1871, das ist: die reaktionärsten, welche Frankreich noch gesehen hat. Doch ist dabei zu bemerken, daß diese Kammern gewissermaßen durch Ueberrumpelung und unter abnormen Umständen gewählt wurden, daß aber jetzt, wo das Volk durch mehrjährige Apatation und gouvernement de combat vorbereitet ist, das Ergebnis wohl anders ausfallen und die Voraussetzungen der Theorien besser bestätigten dürfte. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß die Arrondissement-Abstimmung merkwürdiger ist, als die Listenwahl, und daß bei letzterer, weil sie auf größerem Gebiet stattfindet und weil die Kandidaten nicht den Aufschlag der Connotationen aufrecht zu erhalten haben, die Kosten der Wahlagitation leichter durch Sammlungen unter den Wäh-

lern aufgebracht werden können. Das paßt ganz zu den Theorien der Radikalen, soll indeffen auch manchem Konservativen zu denken geben.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 11. November. Gegen den zur Disposition gestellten Landrath von Schrötter, den bekannten „Protestanten“ der „Germania“ späteren Konvertiten, ist jetzt die Disziplinär-Untersuchung eingeleitet worden.

— Graf Harry von Arnim hat, wie gleichzeitig mit „Pro Rhodo“ bekannt wird, dem hiesigen Stadtgericht angezeigt, daß er zur Verbüßung der gegen ihn erkannten neunmonatlichen Gefängnisstrafe dem Gerichtshofe sich zur Verfügung stelle. Gleichzeitig übersandte er mehrere ärztliche Atteste, um die Aussetzung des Strafsatzes für die nächsten Monate zu erwirken. Augenblicklich an der Gefängnisstrafe erkrankt, kann er vorläufig das Zimmer nicht verlassen, es ist aber auch, wie die Atteste des Sanitätsraths Dr. Weit in Berlin und des Professors Dr. Seeger in Karlsbad übereinstimmend bezeugen, das Grafen Diabetesleiden noch nicht gehoben; beider Aerzte Gutachten läuft im Gegentheile darauf hinaus, daß eine längere Haft für das Leben des schwerkranken Grafen Arnim im höchsten Maße gefährlich bringend sein würde. In gleichem Sinne äußert sich ein Attest des Geh. Medizinalraths Dr. Lebert (früher in Breslau, jetzt in B e v e n, wo der Graf zur Zeit sich aufhält). Die Annahme desselben zur Verbüßung der ihm auferlegten Strafe bekennt zur Genüge, daß weder er selbst noch seine Verwandten daran gedacht haben, den Grafen wegen zu beschreiben, und weiter ergiebt sich aus den Anträgen Arnim's, daß alle Mittheilungen grundlos sind, welche dem Justizminister die Absicht unterstellen, die dem Grafen zuerkannte Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umzuwandeln. Der Justizminister Dr. Leonhardt hat, wie die „Magd. Bzt.“ berichtet, weder vorher noch nachher mit dem Prozeß Arnim das Geringste zu thun gehabt; die Sache wickelt sich in jeder Weise normal ab, und es wird bald bekannt werden, was jetzt zunächst das Stadtgericht beschließt. Die Angaben der Graf Arnim'schen Aerzte müssen von einem hiesigen Physikus geprüft werden, und dessen Aussagen sind dann für das Vorgehen des Gerichts maßgebend. Die etwaige Aussetzung des Strafsatzes ist nicht etwa eine Rücksicht, die ein Beurtheiler erfährt, der zufällig vorher Besuchsleiter des deutschen Reiches war, sondern es wird gegen jeden Beurtheiler die Strafverbüßung verlagert, wenn die Haft für lebensgefährlich gilt.

— Beim Neubau des Geschäftshauses des Auswärtigen Amtes, der unter Oberleitung des kaiserlichen Regierungsraths Neumann vom Baumeister Wolfenstein ausgeführt wird, ist man augenblicklich damit beschäftigt, die Mitte der nach dem Wilhelmplatz zu gelegenen Hauptseite mit einem Figurenschmuck zu krönen. Den Mittelpunkt der wirkungsvollen Gruppe bildet eine stehende Germania, deren Haupt die Kaiserkrone schmückt, sie schaut etwas gesenkten Blickes auf zwei Kindergestalten, über die legend ihre Arme ausbreitet. Das Mädchen zur Linken greift in eine Harfe, die auf einem korinthischen Kapitäl steht, und stellt Kunst und Wissenschaft dar; der Knabe zur Rechten deutet mit seinem gestreckten Finger auf einen Karte auf Handel und Gewerbe. Nach beiden Seiten zu bilden zwei in halblegendem Zustande befindliche Kriegergestalten den wirksamen Abschluß; Schild und Schwert, das die Tapferen tragen, sollen den mächtigen Schutz andeuten, den das Reich den verschiedensten durch die Kindergefallen repräsentierten Lebensrichtungen gewährt. Die Gesamtgruppe ist 3,90 Meter hoch, 7,80 breit und ist vom hiesigen Bildhauer H. Pöhlmann aus französischem Sandstein angefertigt. — Den Neubau des Gebäudes hofft man so weit zu fördern, daß zum März die Bureaus in dasselbe verlegt werden können; die kräftigen Räume des ersten Stockwerkes sind als Wohnung für den Unterstaatssekretär von Bülow bestimmt, werden jedoch erst im Herbst n. J. in Gebrauch genommen werden.

Östern, 8. November. Gestern Vormittag 11 Uhr wurde in der Aula der Mittelschule hierseits die angekündigte Versammlung zur Begründung eines Städtetages für den südlichen Theil der Provinz Preußen, durch Bürgermeister Koge = Östern eröffnet. Es waren 30 Deputierte anwesend. Nach der Beratung des Statuts erfolgte die Wahl des Vorstandes. Zum Vorsitzenden wurde Bürgermeister Koge-Östern, zu Vorstandsmitgliedern Bürgermeister Hellmuth Rosenburg, Stadtverordnetenvorsteher Jung-Lautenburg, Bürgermeister v. Roedel-Altenstein, Bürgermeister Schmidt-Möhringen gewählt. — Bürgermeister Koge = Östern beantragte schließlich, der Städtetag solle beschließen:

1. an die kgl. Staatsregierung und den Landtag zu petitioniren a) um Befreiung der Städte von der polizeilichen Beaufsichtigung der Landräthe; b) um Wiederherstellung resp. Erweiterung der Kompetenzen der städtischen Polizeiverwaltungen gegenüber den Kreis-Ausschüssen, um Wiederherstellung der früheren Beschwerde-Instanz und Aufhebung der durch § 135 der Kreisordnung geschaffenen Instanz der Kreis-Ausschüsse; c) um Befreiung der Städte von denjenigen Kreis- und Provinziallasten, welche bezüglich ihrer Verwendung nur dem platten Lande zu Gute kommen und d) um Abänderung des durch § 14 der Provinzialordnung festgesetzten Modus für die Wahlen zum Provinziallandtage resp. geforderte Vollziehung derselben durch die im § 85 der Kreisordnung bezeichneten 3 Wahlverbände. 2. Den Vorstand mit der Ausführung des Beschlusses ad 1. zu beauftragen.

Nach längerer Debatte wurden schließlich beide Anträge nahezu einstimmig zum Beschluß erhoben. Als Versammlungsort für die nächste General-Versammlung wurde Dt. Eysau gewählt.

Breslau, 10. November. Wie bereits bekannt, hat ein Kommissar der königlichen Staatsregierung, den Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer entsprechend, das Verbot den der Breslauer Diöcese mit Beschlag belegt und den bei diesem Anlasse erhobenen Protest der Prokuratoren des Domkapitels zu Protokoll genommen. Heute ist diesem Akte, wie die „Schles. Bzt.“ meldet, ein weiterer, nicht minder belangreicher, gefolgt. Das Domkapitel — von Seiten des Oberpräsidenten zur W. Hl eines Bisthumsverweisers (Kapitelkars) aufgefordert — hat mit allen gegen eine Stimme, zweifellos diejenige Künigens, den Vollzug des Wahlsaktes verweigert.

Meg, 5. November. Wie der „Courrier de la Moselle“ berichtet, sind in Nancy am Allerheiligentage auch die Gräber der während der Okkupation gestorbenen deutschen Soldaten nicht vergessen worden. Die Mitglieber des „Sport“ haben sich nämlich mit ihrer Vereinsfahne auf den Kirchhof von Breuille, um die Gräber der dort begrabenen französischen Soldaten zu schmücken. Unter Selbstbegleitung einer zahllosen Menschenmenge gingen sie hierauf zu den deutschen Gräbern, um auf denselben Kronen von Immortellen niederzulegen. Die in dem Militär-Kirchhof befindlichen Anlagen sind von dem ehemaligen Oberbefehlshaber der Okkupationsarmee, General v. Wattenfels, ins Leben gerufen worden, dem auch die Errichtung von Steinkreuzen auf den Soldatengräbern zu verdanken ist.

Petersburg, 5. November. [Aufruf zu Gunsten der

Herzogowiner.] Am heutigen Tage wurden mit verschiedenen Zeitungen folgende Aufrufe in unserer Haupt- und Residenzstadt veröffentlicht. Da dieselben die Erlaubnis der Zensurbehörde zum Drucke ausdrücklich haben, so sind sie also mit Wissen und Genehmigung der Behörden verfaßt und veröffentlicht:

„Wir Russen gehören zu dem großen Slavenstamm. Die Gesamtzahl der Slaven beträgt 90 Millionen. Der Slavenstamm besteht aus folgenden Völkern: 1) Die russische Nation. Es giebt mehr als 60 Millionen Russen, die sich theilen in Großrussen (40 Mill.), Kleinrussen (15 Mill.) und Weißrussen (gegen 4 Mill.). Die Russen bilden eines der mächtigsten Reiche der Welt; ihnen gehört ¼ der ganzen Erdoberfläche. Aber auch außerhalb der russischen Grenzen giebt es ganze Gebiete mit russischer Bevölkerung, nämlich: Galizien mit der Bukowina und dem Gebiet jenseits der Karpathen oder das Ugrische Rußland, zu Österreich gehörend; in diesen Gebieten rechnen sich die Russen auf 3½ Millionen. Die Hauptstadt von Galizien, Lwow, ist von dem Großfürst Danil Romanowitsch erbaut, der zur Zeit des Tartareninvasions lebte und die Stadt nach seinem Sohn Lwow nannte. Während Ost-Rußland von den Tataren besetzt war, herrschten in dem Ufermonischen Rußland die Polen. Außerdem giebt es auch russische Orte in der Türkei, an der Donau (Tulsha, Dobruska etc.) und in Amerika leben in den ehemaligen russischen Besitzungen noch heute Russen. 2) Die polnische Nation. Nach den Russen ist die größte unter den slavischen Nationen die polnische, welche 9½ Millionen Köpfe stark ist und zu Rußland, Österreich und Preußen gehört. 3) Die Tschechen, welche zerfallen in eigentliche Tschechen, in Mähren und in Slowaken, betragen 5 Mill. 4) In Preußen und Sachsen wohnen die Reste der Luthischenen oder schlesischen Serben, deren es noch 100,000 giebt; früher waren sie sehr zahlreich rings um die Elbe ansässig. Auf ihrem ehemaligen Territorium ist jetzt das mächtigste deutsche Reich, Preußen. 5) Am adriatischen Meer liegen die Slowenen oder Chorutanen und zwar in Steyermark, Kärnten und Krain. Ihre Hauptstadt ist Laibach. 6) Nachst ihnen wohnen die Serben-Kroaten. Ein Theil der Serben gehört zu Österreich, ein Theil bildet selbstständige Reiche, wie Serbien und Montenegro, ein Theil gehört zur Türkei, wie Alt-Serbien, Bosnien, Herzegowina. Slowenen, Serben und Kroaten giebt es 8½ Millionen. 7) Bulgaren 5½ M. zur Türkei gehörig. Die Russen und der größte Theil der Slaven gehören der rechtsgläubigen Kirche an und bedienen sich der Schrift, welche der hl. Cyrill zugleich mit seinem Bruder Methodius erfand und bei der Uebersetzung der heiligen Schrift anwandte. Andere Slaven, wie die Polen, Tschechen, Kroaten, Slowenen sind katholisch oder protestantisch und bedienen sich der lateinischen Schrift. — Wie sich die Russen vom Joch der Tartaren befreiten, wie sich ein Theil der Serben Anfangs unseres Jahrhunderts vom Joch der Türken befreiten, so sollten sich auch die übrigen Slaven zu befreien. Die aus Asien eingewanderten Türken unterjochten die christlichen Bevölkerungen; in Folge der Siege der Russen über die Türken aber wurde Griechenland, Rumänien, Serbien befreit. Montenegro beschloß seine Berge und sein Helbenmuth.

Nun folgt eine Auseinandersetzung der Ursachen, welche zum jetzigen Zustand geführt haben, neben den Bedrückungen und Ausbeutungen der Rajas durch türkische Beamte geschieht auch des Mohammedanismus und seiner Feindschaft gegen das Christenthum Erwähnung. Die Lage der Ausländer wird als traurig geschildert, ihre Bewaffnung wie ihre Existenzmittel unzureichend, „doch wollen sie sich lieber erschlagen lassen, als wieder unter die Botmäßigkeit der Türken zurückkehren. Die Lage der schon nach Hunderttausenden zählenden Flüchtlinge, die ohne Geld, Kleider, Wohnung und Nahrungsmittel sind, bedarf augenblicklicher Hilfe und der Theilnahme aller christlichen Völker. Dieser nicht unterzeichnete Aufruf, der scheinbar nur für die Nothleidenden und Flüchtlinge bittet, wendet sich in populärem Ton und geschickter Darstellung an die panslawistischen Sympathien und an den kirchlichen Fanatismus und ist ganz darauf abgesehen, unter dem Scheine vollkommen gesetzlicher Befreiung der Slaven zu erregen.“ (S. 13.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 12. November

— Die „Gazeta Toruńska“ richtet in einem leitenden Artikel an die polnischen Abgeordneten die Aufforderung, sofort im deutschen Reichstage zu erscheinen, um wegen Erhaltung der polnischen Sprache bei den Gerichtsverhandlungen, wegen der Nothwendigkeit des Strafgesetzbuch resp. wegen der Bedrückung der polnischen Presse und wegen Beseitigung der Eisenölle thätig zu sein. Und hierbei, meint das Blatt, werden die Abgeordneten die Verpflichtung haben zu zeigen, welcher materieller Nachtheil den Polen aus der Nichterfüllung der wiener Verträge dadurch, daß man sie dem deutschen Zollverein einverleibt habe, erwachsen ist.“ Ein recht umfangreiches Programm, aber ob die polnischen Abgeordneten Gelegenheit haben werden, alle diese nationalen Klagen im Reichstage anzubringen, bezweifeln wir. Im Effekt wird sich dies allerdings gleich bleiben.

△ Posen, 9. Novbr. [Dilettantenkonzert. Theatergesellschaft.] Der im Monat August d. J. unter der Leitung des Herrn Kantor Klein hierorts ins Leben getretene Männergesangs-Verein gab gestern Abend im festlich geschmückten Musiksaal ein Konzert, welches zahlreich besucht war und vielen Beifall erntete. Ganz besonders dank verdient Herr Kantor Klein, dessen unermüdlichem und selbst dem Eifer zur Pflege des Gesanges in dem fraglichen Verein die Festtheilnehmer sehr einen angenehmen Abend zu verdanken haben. — In die Einförmigkeit unseres kleinstädtischen Lebens kommt in jüngster Zeit theils durch Leistungen der hies. Vereine, theils durch Vorstellungen auf „quadratischen und theatralischen Gebieten auswärtiger Gesellschaften recht angenehme Abwechslung. So eröffnet heute die Schauspiel-Gesellschaft unter Leitung der vermittelnden Frau Genriette von Radarewicz aus Trischitz einen Zyklus von Vorstellungen. Die Gesellschaft gedankt ungefähr 2 Monate sich bei uns aufzuhalten und abwechselnd eine Woche in unserer Nachbarstadt Neustadt, Pomm. und eine Woche hierorts zu spielen.

△ Posen, 9. November. [Eingefangen.] Am vergangenen Sonntag ist es der hiesigen Polizeibehörde gelungen, den Dieb festzunehmen, welcher Freitag den 1. in Gnesen die vor dem Bahnhofgebäude stehenden Pferde sammt dem grün gestrichenen Kordwagen eines Bauern gestohlen hat. Der Dieb wollte das eine Pferd sammt dem Wagen hierorts verlaufen, verlangte aber einen Preis, der darauf schließen ließ, daß betreffende Gegenstände nicht auf rechtmäßige Weise in seinen Besitz gekommen sein mußten. Es stellte sich durch das eigene Geständnis des Diebes heraus, daß er Pferd und Wagen in Gnesen gestohlen und bereits ein Pferd in Klecko für die Summe von 2 Tblr. veräußert habe. Auf Requisition der Polizei stellte sich der Eigentümer hier ein, und fuhr mit dem einen Pferde, dem arretirten Diebe und Begleitung nach Klecko, woselbst das zweite Pferd wohl aufgefunden worden ist.

△ Samotschin, 9. Nov. [Trichinen.] Auf dem am Montags bei abgehaltenen Wochenmarkt in ein Schwein gefunden, dessen Fleisch in hohem Grade trichinös war. Es ist zu befürchten, daß dieser Fall noch viel Unheil im Gefolge haben wird, da von dem erkrankten Schwein auf einer Hochzeit gegessen, auch sonst auf dem Markte verkauft worden ist. Als das Resultat der Untersuchung amtlich festgestellt war, ist der Verkauf inhibirt und das Schwein von der städtischen Behörde mit Beschlag belegt worden.

Ein vor Kurzem erschienenes, inhaltreiches und schon um des Gegenstandes willen wichtiges Buch ist: „Fritz Reuter und seine Dichtungen“ von Otto Glagau; neue vollständig umgearbeitete Auflage, Verlag der G. Grote'schen Buchhandlung in Berlin. Der erste Theil enthält eine ausführliche Lebensgeschichte des Dichters nach authentischen Quellen. Zum erstenmal werden hier zahlreiche Briefe von und über Fritz Reuter veröffentlicht; und erwecken namentlich hohes Interesse: diejenigen, welche der gesangene Jüngling von der Festung aus an seinen Vater richtete. Die wechselvollen Schicksale des Dichters, sein bescheidener Anfang, seine allmählichen Erfolge und schließlich seinen Triumph sind eingehend geschildert, und der dunkle Fleck im Leben Fritz Reuters ist der Wahrheit gemäß und doch mit aller Rücksicht behandelt. — Die andere Hälfte, der kritische Theil des Buches, bringt nicht nur eine ästhetische Würdigung der einzelnen Schriften, ihrer Vorzüge und Mängel, sondern giebt auch über die Entstehung derselben, über die benutzten Stoffe und über die Uebersetzer der verschiedenen Helden zuverlässige Aufschlüsse. Hervorzuheben sind z. B. die Mittheilungen über Zacharias Bräsig und über den noch heute in der Vaterstadt des Dichters lebenden Fritz Sahlmann. Der Brief, welchen Fritz Reuter einst von der berliner Hausbojelei an seinen Vater schrieb, ist autographirt, und ferner dem Buche ein gutes Portrait beigegeben. Die Ausstattung ist eine wahrhaft gediegene, und eröffnet „Fritz Reuter und seine Dichtungen“ die Reihe der Grote'schen Sammlung von Werken zeitgenössischer Schriftsteller zu billigen Preisen.

Sibirien 1. Novbr. Nachmittags. Baumwolle (Anfangsbericht): Muthmaßlicher Umsatz 14000 B., davon für Seefracht und Export — Ballen. Fest Tagesimport 400 B., davon 400 B. amerikanische, 300 B. ägyptische.

Siam 10. November. Reishefen. Prices numbers warrant 60 Sh. 6 d. Die Verschiffungen der letzten Woche betragen 10,505 Tons gegen 2700 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

010078A